

ADF Wadenbeißer

Nr. 83 - 14.12.2009

EINE PUBLIKATION DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHER FACHSCHAFTSMITGLIEDER (ADF)

Editorial

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, zurzeit stehen die drei großen B's im Raum: Bildung, BAföG und Bologna. Sie stehen nicht nur so im Raum, sondern sie sind untereinander auch noch verknüpft und bedingen, mehr oder weniger, einander. Wer Bildung und damit eingeschlossen einen Hochschulabschluss möchte, kommt um Bologna nicht mehr herum. Bologna ist mittlerweile überall in den Hochschulstandorten zu sehen und zu spüren. Auch bei uns. Wer sich Bologna und Bildung leisten möchte, ist meistens auf Finanzierungsmittel, wie zum Beispiel das BAföG angewiesen. Die Erhöhung soll bald kommen, doch bis dahin soll ein anderes Finanzierungsmodell umgesetzt werden. Die Bundesregierung präsentiert: Das Pinkwart-Modell. In den Hauptrollen: Schavan (CDU) und Pinkwart (FDP). Viel Spaß beim Lesen wünscht euch

Julian Brommer

AUS DEM INHALT

Lehre an der Universität Göttingen

Seite 3

Failing Bologna

Seite 5

Ein Jahr Vertigo – Eine Bilanz

Seite 6

Zweigeteilte Urabstimmung im Januar

Seite 8

300 EURO FÜR REICHE STATT CHANCENGLEICHHEIT?!

PINKWART-MODELL MACHT GLEICHES "GLEICHER"

von Susanne Peter

Nein. Ja. Vielleicht. Oder doch ja?! So verhält sich zurzeit Bundesbildungsministerin Schavan zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Anfang November dementierte sie eine Erhöhung des BAföG: Es gäbe keine Pläne, Fördersatzes und Freibeträge in der staatlichen Studienfinanzierung des BAföG anzuheben, so die CDU-Politikerin im „Handelsblatt“. Doch zwei Wochen später ließ sie Folgendes verlauten: „Ich halte das für richtig und werde es den Ländern und dem Kabinett vorschlagen.“ So zitierte sie „Spiegel-Online“ am 17. November. Gerade einmal 17 Tage später, am 19. November, lassen Medienberichte verlauten, dass eine BAföG-Erhöpfung für das Jahr 2010 nicht vorgesehen sei. Schavans Schritt, die Leistungen des BAföG zu erhöhen, sei nur als eine Absichtserklärung für die gesamte vierjährige Legislaturperiode der neuen schwarz-gelben Regierung zu verstehen. Nur einen Tag später berichtet „Spiegel-Online“, am 20. November, dass die

Bundesregierung das BAföG zum 1. Oktober 2010 erhöhen will.

POLITISCHER ERPRESSUNGSVERSUCH?

Doch hinter dieser Kehrtwende steckt ein taktisches Druckmittel. Die BAföG-Erhöpfung gibt es nur, wenn auch dem neuen Stipendienmodell, auch als „Pinkwart-Modell“ bekannt, von den Bundesländern zugestimmt wird. Dies

ist wohl eine Form von politischer Erpressung. Denn damit soll der Widerstand SPD-geführter Länder gebrochen werden, die dieses von der schwarz-gelben Bundesregierung favorisierte Stipendienmodell vehement ablehnen.

DAS STIPENDIENMODELL

Das „Pinkwart-Modell“ sieht wie folgt aus: Es sollen Stipendien nach Leistung vergeben werden. Jeder Stipendiat würde 300 Euro bekommen – unabhängig vom Einkommen der Eltern und des BAföG-Bezuges. 150 Euro sollen von Land und Bund kommen, die andere Hälfte soll von der Wirtschaft eingeworben werden. Für die Einwerbung sind dann die einzelnen Hochschulen verantwortlich. Insgesamt soll der Prozentsatz der Stipendiaten von derzeit 2 % auf 10 % angehoben werden. Dies bedeutet, dass in der Endphase gute 360 Mio. Euro vom Staat aufgebracht werden müssten, die sich nach Vorstellungen der Bundesregierung Bund und Länder teilen.

MISSGLÜCKTER START

Wie „gut“ dieses Modell funktioniert, beweist uns Nordrhein-Westfalen (NRW)-Zukunftsminister Andreas Pinkwart (FDP). Er führte dieses Jahr das Modell in NRW ein. Allein die Ruhr-Universität Bochum hat bis jetzt sage und schreibe 120 Stipendien zusammen. Wenn 10 % der Studierenden von diesen Stipendien profitieren sollen, dann muss sich die Universität aber gewaltig ins Zeug legen: Es wären 3.000 Stipendien fällig, und das alleine in Bochum. In ganz NRW werden zurzeit 1.400 Stipendien vergeben. Das macht 0,3 % der gut 470.000 Studierenden aus, die ein Stipendium erhalten. Ein glücklicher Start sieht ganz anders aus.

WER HAT, DEM WIRD GEGEBEN

Seit fast zwei Jahren fordert Pinkwart sein nationales Modell, welches nun auch Eingang in den schwarz-gelben Koalitionsvertrag gefunden hat. Jedoch befürchten

Fortsetzung auf Seite 2


Uni Aktiv Mitgestalten – Unterstützt Göttingens größte hochschulpolitische Gruppe
Uniwahlen und Urabstimmungen 19. Januar bis 22. Januar 2010

AK Hist-Phil, ADW, DAF, DAS!, UL und 11 Freunde an den Fakultäten sowie ADF auf Uniebene: Liste 1

Fortsetzung von Seite 1:

SPD, Linke und Gewerkschaften einen elitären Ansatz: Stipendien bekommen nur die Wenigsten. Hauptsächlich kommt es jungen Menschen zu gute, die ohnehin schon dem Bildungsbürgertum entstammen.

Dies belegt auch die im Mai veröffentlichte Studie des Hochschul Informations Systems (HIS) zur sozialen Herkunft von Studierenden in der Begabtenförderung. Kurz auf den Punkt gebracht: Wer hat, dem wird gegeben. Dies gilt leider auch für Stipendien.

Insgesamt werden 20.000 Studie-

rende und Doktoranten von den elf großen Begabtenförderungswerken gefördert. Von diesen Stipendiaten entstammen zwei Drittel aus einem akademischen Elternhaus, so die HIS-Forscher. Demnach gehört jeder zweite Geförderte der Bildungsklasse „hoch“ an. Nur jeder fünfte kommt aus der Gruppe „gehoben“ bzw. „mittel“. Das heißt, nur jeder zehnte Geförderte entstammt aus der Bildungsklasse „niedrig“.

ENE, MENE, MUH UND RAUS BIST DU!

Doch wer soll diese Stipendien überhaupt vergeben? Die Hochschulen natürlich. Doch diese sind in keiner Weise dafür geeignet. Sie haben weder die Qualifikationen, noch die Erfahrungen,

geschweige denn Auswahlkriterien. Doch, es gibt Auswahlkriterien, die aber sehr subjektiv sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Studierenden profitieren werden, die den jeweiligen Professor kennen, der gerade in dieser Kommission sitzt. Also geschieht die Vergabe nach „gut dünken“. Falls Studierende bei der Vergabe mitwirken dürfen, möchte man nur ungern in ihrer Haut stecken. Damit steigt wieder die Wahrscheinlichkeit, dass Studierende aus akademischen Bildungsklassen wieder verstärkt gefördert werden. Doch nicht nur das, sondern das auch Menschen gefördert werden, die auch noch aus reichen Elternhäusern stammen. Die also finanziell gesehen nicht auf das Geld angewiesen sind.

Selbst der Koalitionsvertrag fordert, dass die Begabtenförderungswerke sich bislang unterrepräsentierten Gruppen stärker öffnen und sie bei ihrem Engagement unterstützen. Die „Hans-Böckler-Stiftung“ erfüllt dies jetzt schon mit am Besten von den Förderungswerken.

Die Bundesregierung fordert zu recht diese Unterstützung, aber selber daran halten möchte sie sich nicht.

RAUS BIST DU NOCH LANGE NICHT...

Da wir nun festgestellt haben, dass Hochschulen nicht für die Vergabe von Stipendien geeignet sind, sollte man sich nun die Frage stellen: Wer dann?

Wir halten die Begabtenförderungswerke an dieser Stelle am geeignetsten. Diese haben schon Jahrzehnte lange Erfahrungen und haben auch Auswahlkriterien. Die Auswahlkriterien werden grob vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgegeben. Die „engeren“ Kriterien werden von jedem Begabtenförderungswerk selber festgelegt.

Wenn Studierende aus unteren Bildungsklassen gefördert werden sollen, dann doch bitte gerecht! Besser wäre es natürlich, wenn die Freibeträge und der Satz des BAföG angehoben werden würde. Doch darauf können wir wohl noch lange warten.



Zivilcourage: Ein Muss an der Universität Studierendenparlament verurteilt Angriff auf junge Frau

von Julian Brommer

Am Nachmittag des 14. November wurde auf dem Uni-Parkplatz eine deutsche Studentin syrischer Herkunft von vier jungen Männern beschimpft, angepöbelt und tödlich angegangen. Nach Auskunft der Göttinger Polizei wurde sie zu Boden gestoßen, wo sie mehrfach

mit dem Fuß in den Rücken getreten wurde. Zudem beleidigten die Unbekannten die mit einem Kopftuch bekleidete junge Frau durch auf ihre Herkunft und Kleidung abzielende ausländerfeindliche Äußerungen.

Um unserem Entsetzen über

diesen traurigen Übergriff Ausdruck zu verleihen, haben wir uns entschlossen, einen Antrag ins Studierendenparlament (StuPa) einzubringen. In diesem fordern wir alle Studierenden auf, Zivilcourage zu zeigen und sich einzumischen. Nicht nur an unserer Universität dürfen wir rechtsradikale, fremdenfeindliche, antisemitische, islamophobe und antidemokratische Bestrebungen und Einstellungen nicht dulden und müssen entschieden gegen sie vorgehen.

STUPA BESCHLIESST EINSTIMMIG

So heißt es in dem vom StuPa einstimmig beschlossenen Antrag: „Die Göttinger Studierendenschaft verurteilt den ausländerfeindlichen Übergriff auf eine Göttinger Studierende am 14. November aufs Schärfste. [...] Wir treten ein für ein demokratisches Miteinander, für Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitigen Respekt. [...] Wir fordern dazu auf

nicht zuzusehen, wenn Unrecht geschieht, sondern Zivilcourage zu zeigen und denjenigen, die wider die Menschenwürde handeln, entschieden entgegenzutreten. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen und spüren eine tiefe Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus – im besonderen Maße aufgrund der Taten damaliger Studierender unserer Universität. Wir Studierende treten offensiv für ein gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben aller Menschen ein. Wir setzen uns für die Förderung eines internationalen Hochschulklimas und der verschiedenen Kulturen an unserer Universität ein.“

SELBST AKTIV WERDEN

Wichtig ist und bleibt aber, dass jeder einzelne sowohl den Anfängen wie z.B. rassistischen Bemerkungen im Freundeskreis als auch solche Übergriffen aktiv widerspricht und sie nicht verarmlost.

Der Wadenbeißer im Netz

WADENBEISSER-ARCHIV IM INTERNET

Immer wieder werden wir gefragt, wo man auch ältere Ausgaben des Wadenbeißers bekommen kann, da wir uns in unseren Artikeln des Öfteren auf frühere Ausgaben beziehen. Die Antwort ist einfach: Seit mittlerweile sieben Jahren stellen wir zeitgleich mit Beginn der Verteilung der gedruckten Ausgabe den Wadenbeißer in elektronischer Form auf unserer Webseite

www.wadenbeisser-online.de

zum Download bereit.

Im Wadenbeißer-Archiv liegen alle Ausgaben, die seit Oktober 2000 erschienen sind (ab Nr. 25), im pdf-Format.



Lehre an der Universität: Wertvolle Tätigkeit oder lästiges Anhängsel einer Professur?

Vordergründig steht auf der Tagesordnung des Senats diese Woche Mittwoch nur die Entscheidung über die Finanzierung einer Professur in der Fachdidaktik des Faches Deutsch. Doch verbunden mit dieser Entscheidung wird eine viel wichtigere Aussage getroffen: ist die Lehre an der Universität für Professoren (und natürlich auch wissenschaftliche Mitarbeiter) eine wichtige und ehrenvolle Aufgabe oder nur ein lästiges Anhängsel ihrer Professorentätigkeit, der nur aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung nachgegangen wird?

Grundsätzlich gilt an Universitäten das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre. So gehören – neben Verwaltungstätigkeiten – sowohl Forschung als auch Lehre zu den Dienstpflichten eines Professors. Dabei sollen beide Aufgaben in ungefähr gleichem zeitlichen Umfang erfüllt werden. Aufgrund dessen ist in der Lehrverpflichtungsverordnung (LVVO) des Landes Niedersachsen ein Deputat von acht Stunden Lehre pro Vorlesungswoche (bei 28 Wochen Vorlesungszeit im Jahr) vorgesehen. Hinzu kommt selbstverständlich auch die Abnahme von Prüfungen und die Beratung und Betreuung der Studierenden. Bei Juniorprofessuren, die sich in den max. sechs Jahren ihrer Beschäftigung vor allem weiterqualifizieren sollen, ist das Deputat auf vier Stunden Lehre pro Woche reduziert. Im Vergleich dazu müssen Lektoren, die ausschließlich für die Lehre angestellt werden, bis zu 18 Stunden pro Woche Lehrveranstaltungen abhalten.

STELLEN AUS FORSCHUNGSMITTELN MÜSSEN NICHT LEHREN

Regelmäßige Abweichungen von den üblichen Lehrverpflichtungen gibt es bei Stellen, die aus Drittmitteln finanziert werden. So verlangen die meisten Geldgeber (wie z.B. die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)), die auf die Finanzierung von

Forschungsprojekten fixiert sind, dass die Personen, die aus ihren Geldern finanziert werden, sich ausschließlich um die jeweiligen Forschungsprojekte kümmern sollen und ihr Deputat auf null reduziert werden muss. Im Rahmen der Exzellenzinitiative wurde eine ganze Reihe von Professuren mit verringertem Lehrdeputat geschaffen. Die Zustimmung zu einer solchen Verschiebung der Professorentätigkeit weg von der Lehre hin zu mehr Forschung ist vom Senat selbstverständlich erteilt worden. Schließlich sind diese Stellen durch Drittmittel finanziert, sodass der Geldgeber selbstverständlich solche Vorgaben machen darf.

STUDIERENDE SCHLAGEN LEHR-PROFESSUR AUS STUDIENGEBÜHREN VOR

Doch wie sieht es mit der anderen Richtung aus? Seit immerhin gut drei Jahren gibt es in Niedersachsen allgemeine Studiengebühren, die nach Aussage der Landesregierung ausschließlich der Verbesserung der Lehre dienen soll. Die dadurch zur Verfügung stehenden Geldsummen werden dabei auch immer gerne als „Drittmittel für die Lehre“ bezeichnet. Die Neueinrichtung von Professuren aus Studiengebühren hat es an der Universität Göttingen bisher nicht gegeben. Doch diese Woche Mittwoch steht im Senat die erste Einrichtung einer Professur für die Fachdidaktik Deutsch auf der Tagesordnung. Die zentrale Kommission zur Vergabe der Studiengebühren (zKLS-plus) hat auf Vorschlag der Philosophischen Fakultät die Einrichtung einer solchen Professur empfohlen. Für die gesamte Kommission, insbesondere jedoch die studentischen Vertreter der ADF, ist für die Zustimmung zur Finanzierung aus Studiengebühren eine Sache ganz wichtig: eine solche Professur soll vor allem für zusätzliche Lehre zur Verfügung stehen. Deshalb soll aus unserer Sicht eine Lehrverpflichtung von 12 Stunden Lehre pro Woche

für eine solche Professur festgeschrieben werden. Im Gegensatz zur Finanzierung durch Forschungsdrittmittel, bei denen die Lehre regelmäßig auf null gesetzt wird, wollen wir dabei nur eine Steigerung der Lehre um 50%, was einer Halbierung der Forschungstätigkeit entspricht. Denn eine gute Lehre benötigt immer auch einen gewissen Bezug zu aktueller Forschung, hierfür erachten wir einen Arbeitszeitanteil von ca. 25% für angemessen. Dies entspricht auch den gesetzlichen Vorgaben, die LVVO sieht für „Professorinnen [...], die nach der Funktionsbeschreibung ihrer Stellen überwiegend lehren sollen“ eine Lehrverpflichtung von bis zu 12 Stunden die Woche vor.

Die Zustimmung des Senats zu dieser Professur sollte demnach eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Doch leider regt sich in Reihen der Professoren Widerstand gegen den Vorschlag. Eine Verpflichtung zu 12 Stunden Lehre pro Vorlesungswoche sei „unzumutbar“, eine solche Professur sei „minderwertig“ und es würden „Professoren 2. Klasse“ entstehen.

WELCHEN STELLENWERT HAT DIE LEHRE?

Während eine Reduktion der Lehrverpflichtung bei gleichzeitiger Erhöhung der Forschungstätigkeit bei einer Finanzierung aus Forschungsdrittmitteln selbstverständlich scheint, wird eine Erhöhung der Lehrtätigkeit bei Reduzierung der Forschungsverpflichtung bei einer Studiengebührenfinanzierung von vielen Professoren kategorisch abgelehnt. Dabei geht es gar nicht um die jeweils eigene Stelle – hier könnte man es ja noch verstehen, wenn eine nachträgliche Änderung der Tätigkeitsbeschreibung abgelehnt wird. Vielmehr wird grundsätzlich die Neuschaffung einer solchen Professur in Frage gestellt. Fraglich ist demgegenüber für uns, welchen Stellenwert die Lehre für unsere Professoren

hat. Wenn eine Stelle mit mehr Forschung und weniger Lehre als sinnvoll angesehen, eine Professur mit mehr Lehre und weniger Forschung jedoch als „minderwertig“ angesehen wird, spricht dies nicht gerade für ein hohes Ansehen der Lehrtätigkeit sondern vielmehr dafür, dass die Lehre von vielen Professoren als notwendiges Übel einer Professur angesehen wird. Die Behauptung einiger, es würden sich für eine solche Professur keine Bewerber finden lassen, kann dabei nur als scheinheilig bezeichnet werden. Solange noch nie eine solche Professur ausgeschrieben wurde, kann keine seriöse Aussage über eine mögliche Bewerberlage getroffen werden.

SENAT ENTSCHEIDET DIESEN MITTWOCH

Die Entscheidung über die Einrichtung der Fachdidaktik-Professur diese Woche Mittwoch ist deshalb – neben der eigentlichen Finanzierung, die von niemanden angezweifelt wird – vor allem eine Aussage über die Wertigkeit der Lehre an unserer Universität. Eine Zustimmung zu dieser Professur würde dabei die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Forschung und Lehre bedeuten. Eine Ablehnung wiederum wäre eine klare Aussage der Professorenschaft im Senat gegen die Gleichwertigkeit der Lehre und würde sie als lästiges Anhängsel einer Professur abstempeln. Hoffen wir, dass es nicht dazu kommt.

Für die ADF ist eines eindeutig: wenn der Senat ein Deputat von 12 Lehrveranstaltungsstunden pro Vorlesungswoche ablehnt, werden wir der Schaffung von Professoren aus Studiengebühren nicht zustimmen. Bei einem Erfolg dieses Pilotprojektes wiederum können wir uns gut vorstellen, in begrenztem Umfang auch in anderen Fächern ein zusätzliches Angebot in Themengebieten zu schaffen, die von uns Studierenden besonders gewünscht werden.

Universitätsrede abgebrochen

Autonome verhindern Prof. Dr. Jutta Limbachs Rede

von Stephanie Jabs

Es ist diese Zeit des Umbruchs, der Solidarität, der Loyalität. Es ist die Zeit, wieder einmal laut zu werden, um für eine bessere Bildung einzustehen und Studienbedingungen zu verbessern. Es ist Zeit, sich nicht alles gefallen zu lassen. Wer könnte etwas dagegen haben, wenn Studierende sich zusammenschließen und ihre Ausbildung selbst formen wollen?

Sicherlich niemand. Oder doch? Nicht erst seit dem Bildungsstreik gibt es an unserer Universität, an einem Ort der Wissenschaft und Meinungspluralität, eine Gruppe engagierter Studierender, die sich einen gewissen Freiraum nimmt. Dass dieser Freiraum von einem selbstverwalteten Café ausgeweitet wird auf das Recht, Veranstaltungen zu stören und die Meinungsvielfalt der Hochschule zu verhindern, wirft ein fragwürdiges Licht auf unsere Universität. Wie kann es sein, dass die Rede von Prof. Dr. Jutta Limbach niedergeschrien wird, obwohl Studierende sich offen dazu bekennen, ihr zuzuhören zu wollen? Wie kann es sein, dass von Studierenden organisierte Veranstaltungen mit kritischen

Themen wie dem Einsatz der Bundeswehr oder dem Linksradikalismus massiv gestört und zum Abbruch gebracht werden? Wie kann es sein, dass Studierende anderen Studierenden mit Gewalt drohen, nur weil sie Referenten eingeladen haben, die einer kleinen Gruppe von Autonomen nicht passt? Wie kann es sein, dass sich das Gros der Engagierten im Bildungsstreik nicht von der Teilgruppe der Radikalen distanziert und sich stattdessen auf dem Argument der Basisdemokratie ausruht? Vielleicht gibt es ja doch den einen oder anderen, der gegen diese Form des Protestes ist.

So schließen sich an manch einer Fakultät hochschulpolitische Gruppen zusammen, um gemeinsam Stellung zu beziehen gegen diese Art des Aufstandes. Auch Professoren haben das Präsidium bereits dazu aufgefordert, einzuschreiten und die Situation zu entschärfen. Die bisherige Reaktion stellt sich allerdings als unbefriedigend für diejenigen dar, die etwas ändern wollen. Welche Möglichkeit bietet sich der Gruppe von Studierenden, die sich gegen den Linksradika-

lismus positionieren, wenn deren Vertreter jegliche Kommunikation ablehnen? Sicherlich sind Stellungnahmen in Fachschaftsparlamenten und das Aufklären der Öffentlichkeit gute Wege, zumindest ein Problembewusstsein unter der uniweiten Studierendenschaft zu schaffen. Dennoch müsste die Universitätsleitung gewährleisten, dass Veranstaltungen stattfinden können und die Androhung von Gewalt beendet wird. Es kann nicht sein, dass Mitglieder des AStA das Verfügungsgebäude nicht mehr betreten können, ohne angegangen zu werden, wenn auch „nur“ verbal oder dass sie angespuckt werden. Ein jeder von uns hat doch die Möglichkeit, seine hochschulpolitische Vertretung zu wählen – und das jedes Jahr wieder. An dieser Stelle also die Aufforderung: geht im Januar zur Wahl und nutzt die Gelegenheit, euch ein Bild über die Leute zu machen, die sich anbieten, eure Interessen zu vertreten!

Eine weitere Frage drängt sich auf: Woher nimmt sich die kleine Gruppe der Autonomen das Recht, angeblich für 24.000 Studierenden zu sprechen, wenn sie die Rede Limbachs stören? Für

uns haben diese Menschen nicht gesprochen und auch nicht für diejenigen, die im Hörsaal nach einer Aufforderung aufgestanden sind, um zu signalisieren, dass die Veranstaltung fortgesetzt werden soll. Ganz sicher sprechen die Autonomen auch nicht für die Gesamtheit der am Bildungsstreik Beteiligten. Diese Gruppe muss sich zuschreiben lassen, den Streik in Göttingen in ein negatives Licht gerückt zu haben, indem sie die Protestwelle für ihre Profilierung nutzen. Es wäre sinnvoll für die Streikenden, sich von der Basisdemokratie zu lösen und Elemente der repräsentativen Demokratie einzuführen, damit eine Hand weiß, was die andere gerade tut und einen gewaltfreien Protest zu garantieren. Ziel sollte es doch sein, möglichst viele Studierenden dazu zu bewegen, sich ebenfalls für eine bessere Bildung einzusetzen, um effektiv handeln zu können. Wenn untereinander jedoch Uneinigkeit und Intoleranz gegenüber weniger radikal Denkenden besteht, dann ist unsere Universität kein Ort der Bildung und Meinungsvielfalt, des Diskurses und der Wissenschaft, sondern ein Ort der Zwietracht.

Diskussionsveranstaltung zur Verbesserung des Studiums an vielen Fakultäten: Termine, Hintergründe ...

Die Studienreform und die Studienbedingungen sind massiv in der Kritik. Doch was muss sich konkret ändern? Auch der Präsident unserer Universität hat dies nun erkannt und sagt in seinem aktuellen "Brief des Präsidenten", es gebe in vielen Bereichen deutlichen Nachsteuerungsbedarf, um die Studienbedingungen zu verbessern.

Damit greift er auch die Forderungen der ADF auf, welche schon länger konkrete Nachbesserungen bei der Reform verlangt. Der Bologna-Prozess ist hier keinesfalls gescheitert, wie es von vielen Dächern gerufen wird. Jedoch ist nur die Umsetzung oft mangelhaft.

Nun soll die Verbesserung der Studiengänge direkt unter der Mithilfe von allen Studierenden

angegangen werden. Dafür soll es noch im laufenden Semester Diskussionsveranstaltungen geben. Dort können sich Studierende und Professoren gemeinsam über die studiengangsspezifischen Probleme austauschen. Die Ergebnisse hieraus werden dann an die Studienkommission weitergeleitet, welche die angeregten Punkte dann abarbeiten sollte.

Die ersten Veranstaltungen zeigten, dass hier über ein weites Themenfeld diskutiert wird. Es geht von der kleinteiligen Diskussion über einzelne (Teil-)Module über die Probleme mit der Master-Zulassung oder der Immatrikulation zum Sommersemester bis hin zu größeren Anliegen, welche über die Kompetenz der Universität hinausgehen, wie z.B. die Akkredi-

tierung und spezielle Regelungen im NHG.

Um hier auch zur Verbesserung des Studiums selbst beizutragen fordern wir euch auf, an den Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen und euch aktiv in die

Diskussion einzubringen um die existierenden Probleme zu lösen. Zu kritisieren ist die teilweise unzureichende Bewerbung der Veranstaltungen. So war es nicht möglich alle Orte und Zeiten auf den Internetseiten einzusehen.

Termine der Diskussionsveranstaltungen soweit bisher bekannt und verfügbar:

FACH	DATUM	ZEIT	ORT
CHEMIE	Do, 10.12.09	14 UHR	HÖRSAAL 2
AGRAR	Do, 10.12.09	18 BIS 20 UHR	ZHG 009
PHIL	Mo, 14.12.09	14 BIS 16 UHR	
SOWI	Di, 15.12.09	12 BIS 14 UHR	ZHG 104
FORST	Di, 15.12.09	16:15 UHR	HÖRSAAL F02
BWL	Mi, 16.12.09	12 BIS 14 UHR	ZHG 011
CHEMIE			
2-FACH-BA	Do, 17.12.09		
MATHE	Do, 17.12.09	14 BIS 16 UHR	
BIOLOGIE	So, 10.01.10		

QUELLE: PRÄSIDIUM

Failing Bologna:

Wie man eine Studienreform in den Sand setzt

von Jens Völker

Am 19. Juni 1999 unterzeichneten 29 europäische Staaten die sogenannte Bologna-Erklärung. Das ist nun über 10 Jahre her. Die Umsetzung sollte bis 2010 erfolgen, aber bis zum kommenden Jahr ist bei weitem kein Abschluss des Prozesses in Sicht. Viele Probleme des Bologna-Prozesses entstanden vor allem dadurch, dass das Grundsystem schon fehlerhaft umgesetzt wurde. Dies ergibt sich aus den weitreichenden Bologna-Beschlüssen, die nur sehr vage formuliert sind. Somit lässt sich das Wort „Bologna“ missbrauchen und erlaubt Regierungen das Wort interessengeleitet zu interpretieren und zu gestalten. Doch was ist eigentlich aus den ursprünglichen Zielen des Bologna-Prozesses geworden? Ist der Bologna-Prozess jetzt gescheitert?

SCHAFFUNG EINES EUROPÄISCHEN HOCHSCHULRAUMS

Als zentrales Ziel lässt sich fest-

halten, dass bis 2010 ein Europäischer Hochschulraum (EHR) geschaffen werden sollte. Durch diesen EHR sollte vor allem die Mobilität gefördert, aber auch eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse geschaffen werden. Wie sieht die Realität aus? Die vollgepackten Programme lassen kaum Freiraum für einen Auslandsaufenthalt. Und wenn doch einer gemacht wird, gibt es häufig Problem mit der Anerkennung von Studienleistungen.

MODULARISIERUNG UND CREDIT-SYSTEM

Ein weiterer Punkt in der Zielsetzung von Bologna: das Studium wird modularisiert, mit dem ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System) wird ein System geschaffen, welches die erbrachten Leistungen in den Modulen vergleichbar machen soll. Die Credits beschreiben den sogenannten Workload, dies ist der Arbeitsaufwand den ein Studierender durchschnittlich aufbringt.

Ein Credit entspricht demnach 30 Stunden, pro Semester liegt ein Vollzeitstudierender damit bei 30 Credits pro Semester etwa bei einer 40-Stunden-Woche. Aufgrund der Semesterferien kommt es dann zu einer Häufung der Arbeitsbelastung zur Prüfungszeit. Derzeit läuft an der Universität ein Pilotprojekt an der Biologischen Fakultät zur tatsächlichen Messung dieses Workloads. Die Umsetzung an der gesamten Universität ist dringend notwendig, um zu überprüfen, ob die vorher in den Ordnungen skizzierte Arbeitsbelastung auch mit der Realität übereinstimmt.

VERRINGERUNG DER BELASTUNG

Um die vorhin erwähnte Arbeitsbelastung in der Prüfungsphase zum Prüfungszeitraum zu verringern ist es auch dringend notwendig, den gesamten Komplex des Prüfungswesens zu überarbeiten. Hier geht es von mehr unbenoteten Modulen über mehr Prüfungstermine bis hin zu anderen Prüfungsformen gibt es hier bereits viele Lösungsansätze.

ANWESENHEITSPFLICHT – IM SINNE VON BOLOGNA?

Die Umsetzung an den Hochschulen sieht häufig so aus, dass auch Anwesenheit in Vorlesungen Pflicht sind, da es ja hierfür Credits gibt. Diese Anwesenheitspflicht ist aber nach dem Sinn von Bologna falsch, da der Bologna-Prozess auch eine Lernendenorientierung vorsieht. Das heißt, die Studierenden können ihr Wissen so erwerben, wie sie es am besten können. Das widerspricht einer Anwesenheitspflicht in Vorlesungen, da viele Studierenden auch ohne eine Vorlesung besucht zu haben die Kompetenzen sehr gut auf anderen Wegen erwerben können. Wie sie das sogenannte „learning outcome“, also die vorher festgelegten zu erwerbenden Kompetenzen, erreichen, bleibt alleine den Studierenden überlassen.

ANWESENHEITSPFLICHT IN VORLESUNGEN ABGESCHAFFT

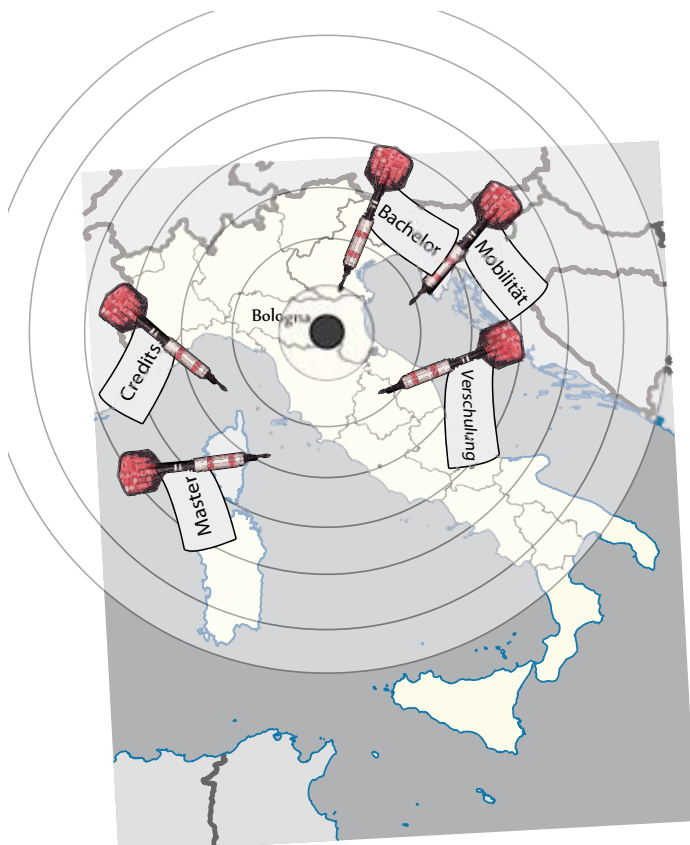
An der Uni Göttingen wurde die Anwesenheitspflicht in Vorlesung in der allgemeinen Prüfungsordnung, auch aufgrund des Mitwirkens der ADF, abgeschafft. Dies ist leider noch nicht bei jedem Professor angekommen. Falls ihr in einer Vorlesung mit Anwesenheitspflicht sitzen solltet, beschwert euch bitte. Notfalls auch direkt beim Präsidium.

BACHELOR NICHT BERUFSQUALIFIZIEREND

Einer der Grundzüge sagt aus, dass der Bachelor berufsqualifizierend sein soll. Dies ist faktisch nicht der Fall, gerade in vielen Naturwissenschaften oder in der Lehramtsausbildung ist der Bachelor nicht berufsqualifizierend. Häufig wurde der Fehler gemacht, dass der alte Diplomstudiengang praktisch nur umgetopft wurde, Bachelor und Master haben dann die gleichen Inhalte und Abläufe wie das Diplom, nur mit einer Unterbrechung zwischendurch. Hier muss eine Anpassung der gesamten Studiengangsplanung erfolgen, um diesen Fehler zu beheben.

REFORM NICHT GESCHEITERT – NACHBESSERUNGEN NOTWENDIG!

Um auf den Titel zurückzukommen kann man sagen, dass die Bologna-Reform nicht gescheitert ist, es mangelt jedoch stark an der Umsetzung. Um diese nachträglich zu verbessern arbeitet die ADF konstruktiv an den Verbesserungen auf der Universitätsebene mit, um so für alle Studierenden die Bedingungen zu verbessern und so die Bologna-Reform nicht scheitern zu lassen. Dazu gehört aber auch eine Nachbesserung auf allen Ebenen, dazu gehören auch die Landesregierungen und die Kultusministerkonferenz. Diese Verbesserungen müssen aber auch immer unter der Mitwirkung der Studierenden geschehen, damit nicht die gleichen Fehler wieder passieren.



Knapp daneben ist auch vorbei.

Ein Jahr Veranstaltungszentrum: Eine Bilanz des Vertigo

von *Andreas Redeker*

Mit der Einrichtung des Veranstaltungszentrums im letzten Jahr waren große Erwartungen an das Kulturprogramm des AStA und die Möglichkeiten zum Partyfeiern auf dem Campus verknüpft. Immerhin hat der Bau des Vertigo insgesamt ca. 350.000 Euro gekostet. Eine viertel Millionen hat die Universität aus den Baumitteln des Landes getragen, um die Räumlichkeiten im Untergeschoss des Verfügungsgebäudes nach den Vorgaben der Brandschutzverordnung herzurichten.

INNENEINRICHTUNG AUS EIGENEN MITTELN DES AStA's

Für die Inneneinrichtung hat die Studierendenschaft 110.000 Euro aus eigenen Mitteln finanziert, mit denen die Musik- und Lichtanlage, die Theke, das Mobiliar und die Bühne beschafft wurden. Eine solche Investition, die eine Studierendenschaft nicht alle Tage vornimmt, muss sich natürlich auch lohnen. Schon letztes Jahr konnten wir mit der Eröffnung am 21. November berichten, dass das Bauvorhaben plangemäß realisiert werden und der AStA den finanziellen Rahmen einhalten konnte. Nach einem Jahr Betrieb des Vertigo wollen wir nun auch ein Fazit der Nutzung ziehen: Das Vertigo ist in erster Linie als Veranstaltungsort für Parties konzipiert. Es soll aber auch Kleinkunstveranstaltungen, Konzerte und gesellige Veranstaltungen ermöglichen. Ziel der Planung war eine einfache Organisation und günstige Kosten.

ERASMUSPARTY SEHR BELIEBT

Zunächst kann festgestellt werden, dass sich das Vertigo beim Publikum, also insbesondere den Studierenden hoher Beliebtheit erfreut. Die Erasmusparties des AStA sind längst als feste Größe etabliert. Verschiedene studentische Gruppen und Fachschaften haben

erfolgreich ihre eigenen Feiern im Vertigo gestartet. Das Publikum ist natürlich überwiegend studentisch. Die Stimmung friedlich. Die große Tanzfläche hat noch immer die Beine in Schwung gebracht, während sich die DJs freuen, mit der hochwertigen Anlage für die richtigen Beats zu sorgen. Dabei bleibt die Luft auch dann erträglich, wenn das Vertigo bis auf den letzten Platz gefüllt ist.

Einige Anfragen für private Feiern mussten enttäuscht werden. Denn mit 100 Personen oder weniger, lässt sich im Vertigo nicht wirklich feiern, fast 200 sollten es schon sein. Sonst erscheint der Mietpreis bisweilen schon mal recht hoch. Eine Studentische Gruppe muss zum Beispiel 425 Euro zahlen inklusive Nebenkosten und Reinigung. Wer aber die 200 Gäste zusammen bringt, bekommt seine Kosten auch wieder rein. Wenn es 300 Besucher werden, kann schon ein vierstelliger Gewinn übrig bleiben. Und es bleibt noch Luft nach oben. Bis zu 500 Gäste kann eine Party über den Abend verteilt leicht haben. Dabei sind die Preise, obwohl sie den Veranstaltern überlassen sind, immer sehr günstig. Selten zahlt man mehr als 3 Euro Eintritt. Ein Becks gibt's praktisch immer für 1,50 Euro. Zusätzlich gibt es meist günstige Shots, Longdrinks oder andere Angebote.

PAVILLIONS FÜR RAUCHER

Ein paar kleine Schwächen gab und gibt es natürlich noch. Wir wollen die nicht verschweigen, sondern begreifen sie als Verbesserungsbedarf. Dem mangelnden Raucherraum haben wir mit der Anschaffung von Pavillions bereits Abhilfe geschaffen. Noch nicht alle Besucher finden ohne Schwierigkeiten den Weg zum Vertigo. Insbesondere Gäste, die nicht an der Uni studieren oder arbeiten, tun sich schon mal schwer. Daher

wird es in den nächsten Tagen eine Beschilderung geben. Zudem müssen wir potentiellen Nutzern noch deutlicher kommunizieren, welche Vorteile ihnen das Vertigo bietet.

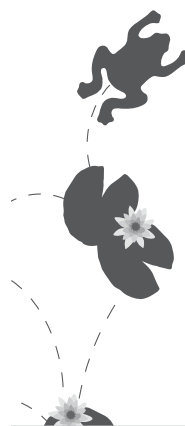
JAZZ, LESUNGEN, TURNIERE, ROCK UND KABARETT

Der AStA hat in den vergangenen zwölf Monaten natürlich weit mehr angeboten als nur Parties. Es gab an sechs Terminen die Jazzlounge mit Uniroyal. Rockkonzerte mit Seedcake und Polished. Für Lesungen waren Martin Sonneborn, Gerhard Henschel, Wiglaf Droste und Thilo Bock zu Gast. Die Kabarettisten Marc-Uwe Kling, Philipp Weber und die Geschwister Podewitz standen auf der Vertigo-Bühne. Drei Doppelkopf-, drei Kicker- und zwei Pokerturniere boten in geselliger Atmosphäre eine Menge Spiel-

spaß. Nicht alle Veranstaltungen waren schon so gut besucht wie gehofft. Bei der kurzfristigen enormen Ausdehnung des Kulturprogramms des AStA musste aber wohl damit gerechnet werden, dass nicht alle Konzepte sofort ein riesen Publikum finden würden. Andere Veranstaltungen waren durchaus ausverkauft, wie die Lesung mit Martin Sonneborn. Eine, nämlich der Auftritt von Serdar Somuncu, war sogar so beliebt, dass sie kurzfristig ins ZHG verlegt werden musste. Mittlerweile etabliert sich das Vertigo also auch als Ort für Veranstaltungen mit herausragenden Künstlern. Die Organisation von Veranstaltungen ist durch das Vertigo so stark vereinfacht worden, dass nicht mehr der Aufwand für die Veranstaltung selbst im Vordergrund steht, sondern in erster Linie der Aufwand für die Bewerbung.



kopieren drucken binden



Skripte
Dissertationen
Diplom- & Masterarbeiten
Plakate
Partyflyer
Einladungskarten

Veranstaltungen im Vertigo im Wintersemester:

17.12. – 20:00: Tobias Regner feat. Alpha Academy

23:30: Erasmus-Party

12.01. – 20:00: Zärtlichkeiten mit Freunden

25.01. – 21:00: Jazz-Lounge mit UniRoyal

klartext GmbH · print- & medien-service
direkt am Campus · Weender Landstr. 8-10
Tel. 05 51/4 99 70-0 · www.kopie.de · info@kopie.de

klartext

SEMESTERBEGINN AUF 6. APRIL VORGEZOGEN – PRÄSIDIUM IN DER PFLICHT ZU INFORMIEREN

Entgegen ursprünglichen Plänen hat das Präsidium beschlossen den Beginn des Sommersemesters um eine Woche vorzuverlegen. Der neue offizielle Beginn ist nun der 6. April 2010. Dies geschah entgegen der ablehnenden Stellungnahme des Senates. Begründet wurde diese Entscheidung mit den Betriebsferien in Kindergärten im Sommer und den Schwierigkeiten für Erziehende (Mitarbeiter und Studierende). Das Studierendenparlament hat diese Entscheidung in seiner Sitzung vom letzten Montag kritisiert. Diese kurzfristige Änderung wird bei Studierenden

Probleme mit Auslandsaufenthalten, Praktika und Ähnlichem führen. Ein großes Problem ist aber die unzureichende Ankündigung dieser Maßnahme, so das auch Wochen nach der Entscheidung Studierende, Mitarbeiter und Einrichtungen nicht informiert sind. Deshalb muss das Präsidium zumindest dafür Sorge tragen, dass in der ersten Woche keine Anwesenheitspflichten gültig sind, damit nicht noch größerer Schaden entsteht, falls jemand nun verhindert ist. Auch müssen die Dozenten sich auf kürzere Korrekturzeiten einstellen.

STUDIERENDE IN DEN GREMIIEN DES STUDENTENWERKES ZUM JANUAR NEU GEWÄHLT.

Am 7. Dezember fanden im Studierendenparlament die alljährlichen Wahlen der studentischen Mitglieder für die Gremien des Studentenwerkes statt. Die Aufgaben des Studentenwerkes umfassen die Mensa, Wohnheime und die Studienfinanzierung, sowie den kulturellen und wissenschaftlichen Bereich. Dem Vorstand gehören ab dem 1. Januar 2010 folgende Mitglieder an: Silja-Katharina Haufe (ADF), Susanne Peter (ADF) und Sascha Tietz (RCDS). In den

Stiftungsrat wurden folgende Studierende gewählt: Betül Gülsen (ADF), Jan-Philipp Schütte (ADF), Matthias Henneke (ADF), Thorsten Walter (ADF) und Stefan Christmann (Juso-HSG). Wir gratulieren herzlich den neuen Mitgliedern und wünschen ihnen eine erfolgreiche und produktive Amtszeit im kommenden Jahr. Natürlich danken wir ebenfalls den Aktiven, die nun zum 31. Dezember, zum Teil nach mehreren Jahren intensiver Arbeit, aufhören.



Beginn 19:30		Einlass 18:30; Filmbeginn 19:00 — Eintritt: 2 Euro (Semesterbeitrag: 50 Cent)					
Mo	Clubkino	Di	Oscar	Mi	Memo	Do	Campusfilm
14.12.	Casablanca (OmU)	15.12.	District 9	16.12.	Public Enemies	17.12.	Tatsächlich Liebe
Weihnachtspause				06.01.	Coraline	07.01.	Anleitung zur sexuellen Unzufriedenheit
11.01.	Ich habe sie geliebt (OmU)	12.01.	The Good, The Bad And The Ugly	13.01.	Männerherzen	14.01.	Inglourious Basterds

AGENTUR FÜR ARBEIT STOCKT AUF

Die Göttinger Agentur für Arbeit hatte im Sommer ihre Studentische Jobbörse zusammengekört und die Arbeitsabläufe für die Studierenden verschlechtert [Wadenbeißer berichtete Nr. 81]. Nachdem der AstA und die ADF das Problem öffentlich gemacht hatten, gab es ein Gespräch zwischen AstA und Bereichsleiter. Auf Nachfrage der Wadenbeißer-Redaktion wurde nun mitgeteilt, dass ab dem 10. Dezember die Studentische Jobbörse endlich wieder mit einer zweiten Stelle besetzt ist. Weiterhin wurde in

Aussicht gestellt, dass im neuen Jahr auch die vor Jahren eingestellte Sprechzeit im Gebäude der Zentralmensa wieder aufgenommen werden soll. Vor allem können die Studierenden in Zukunft sich wieder direkt bei den Mitarbeiterinnen der Studentischen Jobbörse vorstellen. Wir hoffen, die Agentur für Arbeit geht den Weg der Stärkung dieser für die Studierenden immer wichtiger werdenden Einrichtung weiterzugehen. Dafür muss das Angebot aber auch von den Studierenden angenommen werden.

UMBAU DES ASTA FAST ABGESCHLOSSEN

Nach vielen Monaten des Umbaus und somit auch der vielen Einschränkungen für Besucher sowie Mitarbeiter scheint nun endlich ein Ende in Sicht. Ein neues Dach, ein teilweise neues Gebälk sowie die Renovierung einiger Zimmer im Obergeschoss sind das Ergebnis einer geplanten Reinigung der Regentinnen im Sommer. Denn diese war der Ursprung der teilweise nicht endenwollenden Serie von Überraschungen, die das AstA-Gebäude während der Arbeiten offenbarte. Die Geschäftsführung sowie das

Sekretariat sind bereits vergangene Woche wieder in ihre neu renovierten Zimmer gezogen und können nun auch wieder im Obergeschoss den Publikumsverkehr empfangen. Durch den Umzug kann somit auch wieder der Seminarraum im Erdgeschoss für seine ursprünglichen Zwecke genutzt werden. Bis Weihnachten sollten dann auch die letzten Arbeiten abgeschlossen werden, sodass die Nutzer nach den wohlverdienten Feiertagen voller Motivation im teils neuen Gebäude in das neue Jahr starten können.

LIMBACH AUSGEZEICHNET

Die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Jutta Limbach wurde am 4. Dezember mit der Dorothea-Schlözer-Medaille der Universität Göttingen geehrt. Damit würden Limbachs Verdienste um Forschung und Wissenschaft und ihren besonderen Einsatz für die Gleichstellung von Frauen an Hochschulen gewürdigt. Jutta Limbach war von 2003 bis 2009 Mitglied des neu gegründeten Stiftungsrates und hat dadurch eine entscheidende Phase der Neuorientierung der Universität mitgeprägt. In diesen Jahren gewann auch die Gleichstellungspolitik der Universität an Kontur und Bedeutung. Die Dorothea-Schlözer-Medaille wird seit 1958 auf Beschluss des Senats vergeben. Prof. Limbach ist die siebte Persönlichkeit, die mit der Medaille geehrt wird. Die Auszeichnung erinnert an Dorothea Schlözer (1770 bis 1825), die 1787 in Göttingen als erste Frau in Deutschland zum Doktor der Philosophie promoviert wurde. Die Auszeichnung war im Rahmen der Universitätsrede geplant, musste aber aufgrund der Störer (siehe Seite 4) im Anschluss der Veranstaltung überreicht werden.

IMPRESSUM

Redaktion

Julian Brommer (Vi.S.d.P),
Konstantin Brand, Stephanie Jabs,
Kai Horge Oppermann,
Jan-Phillip Schütte, Jens Völker,
Susanne Peter, Mark Sakschewski

Chefredakteurin

Betül Gülsen

Layout

Betül Gülsen, Julian Brommer,
Kai Horge Oppermann

Auflage

6.000 Exemplare

ADF

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Fachschaftsmitglieder
c/o FSR WiWi
Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen
www.adf-goettingen.de
adf@stud.uni-goettingen.de

Anmerkungen der Redaktion:
Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text verunstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die LeserIn', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

Zwei Urabstimmungen zum Semesterticket

Deutsche Bahn verlangt unverschämten Preis

Parallel zu den Uni-Wahlen vom 19. bis 22. Januar 2010 finden erstmals zwei Urabstimmungen zum Bahnsemesterticket statt. In der einen Abstimmung steht das Streckennetz von Metronom (ME) und Cantus zur Wahl, in der anderen die Strecken von Deutscher Bahn (DB), NordWestBahn, Eurobahn und Arriva. Es geht hierbei um den Gültigkeitszeitraum ab dem 1. Oktober 2010 (WiSe 2010/11 und SoSe 2011). Ursache für diese erstmals getrennte Abstimmung sind die irrsinnigen Preisvorstellungen von Deutscher Bahn und NordWestBahn.

KEIN GEMEINSAMES ANGEBOT VON DB UND METRONOM

Zum ersten Mal seit Bestehen

Deutsche Bahn.

METRONOM BIETET FAIREN PREIS

Die Metronom Eisenbahngesellschaft hat uns für ihr Streckennetz ein Angebot in Höhe von 19,22 Euro pro Semester unterbreitet. Das Streckennetz ist zwar nicht besonders umfangreich, die starke Nutzung gemäß der Umfrage zeigt jedoch, dass dies ein fairer Preis ist.

DB-PREIS IM VERGLEICH ZUR LEISTUNG ZU HOCH

Im Gegensatz zum Metronom-Angebot kann der Preis der DB nur als unverschämt bezeichnet werden. Ab kommendem Oktober würde die DB für ihre Strecken 39,35 Euro pro Semester verlan-

derwütige Preisvorstellungen: Im Vergleich zum aktuellen Ticket soll der Preis für die Strecke von Holzminden nach Paderborn (andere wurden uns gar nicht erst angeboten) um ca. 180 % steigen.

DB UNNACHGIEBIG

Auch in ausgiebigen Verhandlungen, in denen der AStA der DB klar gemacht hat, dass das Angebot keinesfalls gerechtfertigt ist, war die DB nicht bereit, den Forderungen der Studierendenschaft nach einem fairen Preis zu entsprechen. Mehr als eine Preisreduktion in Höhe von 2,50 Euro wollte die DB nicht gewähren. Aufgrund der Umfrageergebnisse wäre jedoch ein Preis von ca. 20 Euro angemessen.

Dies war für den AStA und das Studierendenparlament Grund genug, in diesem Jahr zwei parallele Urabstimmungen durchzuführen. So ist es an euch zu entscheiden, ob ihr das über- teuerte Ticket der DB auch zu diesem Preis akzeptieren würdet

des Tickets werden nicht lange auf sich warten lassen.

BEI ABLEHNUNG WIRD NACHVERHANDELT

Für den Fall einer Ablehnung des DB-Tickets würden wir dann im Sommersemester erneut mit der Bahn verhandeln und hätten auch genügend Zeit, vor Beginn des neuen Ticketzeitraums ab 1. Oktober 2010 zu einem besseren Angebot zu gelangen. Die endgültige Entscheidung würde also erst im Laufe des Sommersemesters fallen.

BESONDERE SITUATION FÜR EUROBAHN-STRECKE

Eine Sonderstellung nimmt die Strecke der Eurobahn (Bodenburg-Hildesheim-Elze-Hameln-Bünde) ein: Diese Strecke ist bisher im Vertrag der DB enthalten. Für den Fall der Ablehnung des DB-Tickets hat die Eurobahn jedoch bereits signalisiert, einen eigenen Vertrag mit der Studierendenschaft abschließen zu wollen. Die Eurobahn-Strecke würde also auch dann nicht entfallen,

ANTEIL DER DB AN DEN GEFahrenEN KILOMETERN

24 %

des Semestertickets wurde der Studierendenschaft kein gemeinsames Angebot von DB und ME vorgelegt. Diese neue Situation war der Auslöser, die einzelnen Angebote unabhängig voneinander zu betrachten. Im Sommer 2007 hat der AStA eine repräsentative Umfrage zur Nutzung des Semestertickets durchgeführt. Demnach entfallen 64 % aller mit dem Semesterticket gefahrenen Kilometer auf die Strecken des Metronoms. Ungefähr drei Viertel aller Semesterticketnutzer steigen von Göttingen aus in einen Metronom-Zug, ca. 11 % in eine Bahn von Cantus und nur ca. 5 % nutzen einen in Göttingen beginnenden Zug der

gen. Das Streckennetz ist zwar deutlich länger als das von Metronom, die Nutzung der weiter entfernten Strecken ist jedoch so gering, dass nur ca. 24 % aller Streckenkilometer mit Zügen der DB zurückgelegt werden. Nur ca. 32 % aller Göttinger Studierenden nutzen überhaupt jemals einen Zug der DB, davon viele nur wenige Kilometer z.B. mit der S-Bahn von Hannover Hbf in einen Vorort. Die NordWestBahn hat ebenfalls

ANTEIL DER DB AM PREIS DES GESAMTTICKETS

WÄHREND DIE DEUTSCHE BAHN NUR CA. 24 % DER LEISTUNG ERBRINGT, MÖCHTE SIE CA. 57 % DES PREISES KASSIEREN.

57 %

oder ob ihr der DB klar die rote Karte zeigen wollt. Sollte das DB-Ticket selbst zu diesem Preis angenommen werden, ist eines ganz klar: Weitere Preiserhöhungen

wenn bei der Urabstimmung nur das Ticket von Metronom und Cantus eine Mehrheit und das DB-Ticket zu seinem jetzigen Preis eine Absage bekommt.